6. Juni 2024 #12 / 2024



ISSN 0344-919X

Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft

G 4120

Der Wind dreht sich



IW-Regionalranking. Im aktuellen Regionalranking der IW Consult dominiert wie in den vergangenen Jahren der Süden Deutschlands. Doch diese Vormachtstellung ist längst nicht mehr so eindeutig wie früher, der Norden der Republik holt auf. Im iwd-Interview erklärt Hanno Kempermann, Geschäftsführer der IW Consult, was diese Verschiebung mit der Energiewende zu tun hat, wie er sich gute Regionalpolitik vorstellt und warum es geboten wäre, Fördergelder weniger mit der Gießkanne zu verteilen. Seiten 2–5

Unternehmen

Firmen, die ihren Mitarbeitern Workation – also mobiles Arbeiten im Ausland – ermöglichen, dürften beim Werben um Fachkräfte Vorteile haben.

→ Seite 6

Europäische Union

Hätte Deutschland im Jahr 2016 den von der AfD geforderten Dexit vollzogen, wäre das Bruttoinlandsprodukt bis 2021 um rund 690 Milliarden Euro geschrumpft.

→ Seite 7

6. Juni 2024 / #12 / Seite 2 IW-Regionalranking

Mit Flächen punkten



Quelle: IW Consult

© 2024 IW Medien / iwd

IW-Regionalranking. Der Landkreis München steht 2024 erneut an der Spitze des Regionalrankings der IW Consult. Doch die Metropolregion im Süden hat insgesamt etwas von ihrer Vormachtstellung eingebüßt, andere Kreise und kreisfreie Städte drängen nach vorn. Darüber hinaus zeigen die Forscher erstmals, welche Chancen die Energiewende für ländliche Regionen bietet.

iwd

Auf den ersten Blick bleibt alles beim Alten. Der Landkreis München belegt wie im vorherigen Regionalranking der IW Consult auch 2024 den ersten Platz im Niveauranking

IW-Regionalranking 2024: Die Top Ten

Für das Regionalranking 2024 der IW Consult wurden die 400 Kreise und

unter allen 400 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland. Doch die jahrelange Dominanz des Großraums München schwächt sich ab. Während in der Erhebung von 2022 neben der bayerischen Landeshauptstadt noch sechs Landkreise aus dem Münchener Umland unter den 20 erfolgreichsten Regionen landeten, sind es dieses Mal mit Starnberg (Platz fünf) und Miesbach (Platz 14) nur noch zwei.

Weiter festigen konnte seine starke Position der Wirtschaftsraum Frankfurt, der neben der Stadt am Main mit dem Main-Taunus-Kreis und dem Hochtaunuskreis in den Top Ten

Zu den Überraschungskandidaten im Ranking zählt die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt (Grafik):

Mainz erklimmt im Niveauranking den zweiten Platz.

Hier macht sich der "BioNTech-Effekt" bemerkbar. Das Unternehmen mit Sitz in Mainz wurde durch seinen Coronaimpfstoff gleichermaßen bekannt wie erfolgreich. Dadurch führt die Stadt am Rhein auch erneut das Dynamikranking an, welches die Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit abbildet. Die Aufgabe für Mainz besteht nun darin, die Jahrhundertchance BioNTech zu nutzen und den Standort strategisch gut aufzustellen. Dabei helfen die hohen Gewerbesteuereinnahmen. Im Jahr 2022 stiegen sie um mehr als 360 Prozent, 2023 gingen sie allerdings schon wieder merklich zurück.

kreisfreien Städte in Deutschland anhand von 14 Indikatoren bewertet Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lebensqualität und Wirtschaftsstruktur Dynamik: Punktzahl für die jüngste Entwicklung ■ Niveau Dynamik Landkreis München 59,5 63,6 59,2 Mainz Landkreis Birkenfeld 56,9 55,5 Coburg Landkreis Dingolfing-Landau 56,4 55,4 München Offenbach am Main 54,5 Landkreis Starnberg 55,1 Leverkusen 54,4 54,7 Erlangen Hof 54,3 Main-Taunus-Kreis 54,3 Flensburg 54,2 Landkreis Dahme-Spreewald **54,3 Ansbach** 53,7 Frankfurt am Main 54,2 Wiesbaden 53,4 Hochtaunuskreis Bamberg 53,0 Punkte: Eine Region, die bei allen 14 Indikatoren jeweils den Mittelwert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50; Zeitraum Dynamikranking: zwei Jahre bis zum jüngsten verfügbaren Wert, variiert je nach Verfügbarkeit der Daten für die einzelnen Indikatoren

iwd IW-Regionalranking 6. Juni 2024 / #12 / Seite 3

Ganz andere Sorgen haben die Städte am anderen Ende des Rankings. Zwei Regionen fallen hier negativ auf:

Fünf kreisfreie Städte aus dem Ruhrgebiet sowie vier aus Norddeutschland zählen zu den schlechtesten im Niveauranking. Dazu gesellt sich das rheinlandpfälzische Worms.

Damit hat sich die Situation im Norden und im Westen im Vergleich zur vorangegangenen Analyse von 2022 nicht verbessert.

Neben den klassischen Indikatoren für das Ranking haben sich die Forscher dieses Mal zusätzlich mit dem Thema Energiewende beschäftigt. Der ländliche Raum zeigt hierbei seine Stärken:

Gut 77 Prozent der deutschen Wind- und Solarleistung sind auf dem Land installiert.

Die erzeugungsstärksten Regionen für Windkraft liegen im Norden – acht der zehn Landkreise mit den höchsten Leistungen pro Fläche sind in Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu finden (Grafik). Solarenergie ist vor allem im Süden stark vertreten – acht der ersten zehn Plätze belegen Landkreise aus dem Freistaat Bayern.

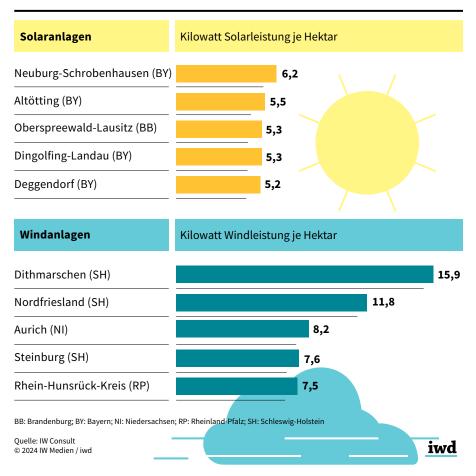
Ländliche Regionen weisen viele Vorteile für die Energiewende auf: So sind – auch aufgrund gesetzlicher Vorgaben – Regionen mit ausgedehnten Freiflächen für den Bau von Windparks oder größeren Photovoltaikanlagen deutlich besser geeignet als urbane Zentren. Für große Firmen macht das die künftige Ansiedlung in ländlichen Regionen möglicherweise attraktiver.

Die für den Umbau der Energiesysteme nötigen Fachkräfte sind zum Teil schon vor Ort zu finden:

Etwa 3,5 Millionen Beschäftigte in ländlichen Regionen arbeiten derzeit in für die Energiewende relevanten Berufen.

Sonne im Süden, Wind im Norden

Top-5-Landkreise in Deutschland mit der größten Netto-Nennleistung von Solarund Windenergie je Gebietsfläche



Knapp zwei Drittel von ihnen haben eine Berufsausbildung absolviert. Relevante Berufstätige mit akademischem Abschluss sind dagegen häufiger in der Stadt zu Hause.

In manchen ländlichen Regionen machen die Beschäftigten in den für die Energiewende erforderlichen 190 Berufen gut 40 Prozent aller Erwerbstätigen aus. Im Hohenlohekreis und im Landkreis Tuttlingen ist es sogar rund die Hälfte.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass es in den Energiewendeberufen einen großen Fachkräftemangel gibt. Dadurch verzögern sich die Planung und der Bau von Anlagen häufig. Hier gilt es zum einen, mehr Berufseinsteiger für die Zukunftsjobs zu begeistern – etwa durch Berufsinformation oder auch Imagekampagnen der Unternehmen selbst; zum anderen spielen digitale Technologien eine große Rolle: Eine Teilautomatisierung von Prozessen für Antrags- und Genehmigungsverfahren wäre sinnvoll. Das gilt auch für den Einsatz von Predictive-Maintenance-Systemen, die durch vorausschauende Wartung die Ausfallzeiten von Anlagen reduzieren können.

IW-Report 28/2024

Johannes Ewald, Vanessa Hünnemeyer, Hanno Kempermann: Ländliche Regionen als Rückgrat für den Umbau der deutschen Wirtschaft? Ergebnisse des IW-Regionalrankings 2024 iwkoeln.de/regionalranking-2024 **Interview.** Mit ihrem Regionalranking zeigt die IW Consult alle zwei Jahre die Stärken und Schwächen der Städte und Kreise in Deutschland. Geschäftsführer **Hanno Kempermann** spricht im iwd über die Unterschiede zwischen Metropole und Land, sinnvolle Regionalpolitik und den Effekt der Energiewende.





"Fläche, Fachkräfte, Ökostrom – dieser Dreiklang zieht Firmen an"

Die Metropolregion München ist nicht mehr so dominant im aktuellen Ranking wie in den Analysen zuvor. Lassen München und Umgebung nach oder holen die anderen auf?

Sowohl als auch. Die Vormachtstellung des Südens bröckelt insgesamt etwas. Früher kamen immer rund 90 der Top-100-Regionen des Niveaurankings aus dem Süden, also Südhessen, Bayern und Baden-Württemberg. Inzwischen sind es "nur noch" etwa 80. Der industriestarke Süden spiegelt dabei die aktuell schlechte Wirtschaftslage wider. Dennoch ist festzuhalten: Der Süden ist immer noch brutal stark.

Der Norden holt aber auf. Dort gibt es einige Standortfaktoren, die der Süden so nicht hat, Stichwort Ökostrom. Das würde sich verstärken, wenn wir in Deutschland zwei Strompreiszonen bekommen sollten, wie es die Bundesnetzagentur derzeit plant. Dann ist der Strom im Norden auch noch günstiger. Dazu gibt es im Norden und Osten noch Industrieflächen, wo sich Unternehmen ansiedeln können. Fachkräfte sind hier auch noch besser verfügbar als woanders.

Also große Herausforderungen für den Süden und den Westen des Landes.

Ja. Sie könnten zwar nur vorübergehend sein, wenn die richtigen Weichen gestellt werden. Danach sieht es aber aktuell eher nicht aus. Der Wasserstoffausbau hakt, der Stromtrassenausbau hakt. Und dann kommen auf die Industrie noch generelle Herausforderungen zu angesichts der Tendenzen zur Deglobalisierung.

Ein Positivbeispiel ihres Rankings ist Mainz dank der Firma BioNTech. Macht die Stadt das

Beste aus ihrer einmaligen Chance oder ginge noch mehr?

Die Stadt wird am Ende insgesamt mindestens drei Jahre lang sehr hohe Gewerbesteuern einnehmen. Im ersten Impfjahr waren es mehr als 1 Milliarde Euro. Und die Stadt hat das Geld bisher sehr weitsichtig investiert. Sie hat eine Art Start-up-Cluster gebaut, um andere Biotech-Unternehmen dort groß werden zu lassen. Außerdem hat sie die Universität gestärkt. Die Hebesätze für die Gewerbesteuer wurden gesenkt, um Mainz attraktiv für den Rest der Wirtschaft zu machen. Die Schulden wurden reduziert. Die Verantwortlichen wussten genau: Sie sitzen auf einer Jahrhundert-Chance und müssen sie nutzen.

Ein Blick ans Ende des Rankings: Haben diese vor allem im Ruhrgebiet und im Norden gelegenen Städte aufgrund ihrer vielfälti-

gen Probleme und teils desaströsen finanziellen Situation überhaupt die Chance, aufzusteigen?

Es ist sehr schwierig. Dort wird zwar viel gemacht, aber die Städte leiden unter der Altschuldenproblematik. Diese muss gelöst werden – aber intelligent. Es hat niemand etwas davon, wenn der Bund die Schulden einfach übernimmt und in 20 Jahren stehen die Städte wieder so da wie heute, sofern sie in alte Muster verfallen sollten. Wenn, dann müsste die Übernahme an klare Anreizmechanismen und Vorgaben gekoppelt sein.

Das grundsätzliche Problem für die Städte: Aus einer solch finanziell angespannten Situation entsteht viel Stress. Wenn sie im Haushaltsnotstand sind, müssen sie um jede Ansiedlung einer Firma kämpfen. Teilweise wird dann gegen Nachbarstädte und -kommunen gearbeitet. Es wäre aber viel sinnvoller, bei der Ansiedlung von Unternehmen miteinander zu besprechen, wo diese am besten hinpassen. Gibt es Möglichkeiten für interkommunale Gewerbegebiete - gerade im Ruhrgebiet? Lassen sich Regelungen finden, damit am Ende mehrere Kommunen von Firmenansiedlungen profitieren? Kooperatives Arbeiten würde das ganze System deutlich voranbringen.

Provokant gefragt: Wäre es für die Gesellschaft nicht die günstigere Variante, wenn in manchen dünn besiedelten Gegenden "der Letzte das Licht ausmacht"?

Es gibt für diese Idee Fürsprecher. Ich bin strikt dagegen! Die gewachsenen Strukturen in den ländlichen Räumen sind herausragend. Die Arbeitslosenquoten sind dort niedriger als in den Städten, die Kaufkraft ist höher. 50 Prozent der weltweiten Hidden Champions kommen aus Deutschland, davon ist die Mehrheit in ländlichen Räumen zu Hause. Das bedeutet: Wir haben

wirtschaftliche Stabilität in den ländlichen Räumen.

Aber Dekarbonisierung und Digitalisierung führen dazu, dass einige ländliche Räume stark unter Druck sind. Die Menschen haben dort Angst um ihre Jobs. In diesen Regionen wird die AfD häufiger gewählt als in anderen ländlichen Regionen, weil die Partei die Illusion vermittelt, dass sie den Status quo erhalten kann.

Das Licht-ausmachen-Argument ist aus meiner Sicht auch zynisch, weil man den Leuten ja die Heimat wegnimmt. Wenn sich Menschen von sich aus entscheiden, wegzuziehen, ist das etwas ganz anderes.

Wie stellen Sie sich eine gute Regionalpolitik vor?

Es ist wichtig, dass Zentren weiter große Bedeutung haben, denn sie sind Innovationsbooster. Hochschulen, Forschungsinstitute, Start-ups das findest du in urbanen Räumen. Dort sind Produktivität und Innovationsaktivität höher. Die ländlichen Räume sollten noch besser an diese Zentren angebunden werden. Das lässt sich wunderbar über die Digitalisierung lösen. Wir haben eine Studie zum Thema Cloud-Nutzung veröffentlicht, die zeigt: Nutzen Unternehmen auf dem Land die Cloud und deren Innovationstools, sind sie genauso innovativ wie Firmen in der Stadt. Die Distanznachteile lassen sich also kompensieren.

Sollte Regionalpolitik eine noch größere Rolle auf europäischer Ebene spielen?

Sie spielt schon eine große Rolle und das ist auch sinnvoll. Wir wollen in Europa gleichwertige Lebensverhältnisse für alle schaffen. Dann muss den ländlichen Regionen eine entsprechende Bedeutung zugestanden werden. Die finanziellen Mittel sollten daher in Zukunft nach Möglichkeit nicht sinken.

Noch ein Punkt zu Deutschland an dieser Stelle: Wir haben hier oft das Problem, dass wir mit der Gießkanne verteilen. Anstatt in Förderprojekten wenige Kommunen mit entsprechend hohen Mitteln auszustatten, erhalten aus Proporzgründen mehr Kommunen Gelder, dafür aber deutlich weniger. So kommen wir nicht voran und können auch nichts aus diesen Projekten für die Zukunft ableiten. Mein Appell: Baut "Leuchttürme" und bindet dabei immer die Wirtschaft vor Ort ein.

Sie heben in ihrem Gutachten die Vorteile des ländlichen Raums für die Energiewende hervor. Glauben Sie, das könnte mehr Menschen dazu bringen, aufs Land zu ziehen?

Das wird voraussichtlich nicht wegen der Energiewende passieren. Es könnte aber der mittelbare Effekt sein: Wenn sich Firmen im ländlichen Raum ansiedeln, so wie Northvolt in Heide, ziehen dort Menschen hin – das ist der Pull-Effekt.

Ansonsten sind es die Immobilienpreise, die Menschen aufs Land ziehen. Das geht einher mit New Work: Weniger pendeln dank Homeoffice, mehr Garten, mehr Freiraum. In den vergangenen beiden Jahren sind in Deutschland unterm Strich 350.000 mehr Menschen von der Stadt aufs Land gezogen als umgekehrt.

Und wie sieht es mit großen Unternehmen aus – haben die einen Anreiz, aufs Land zu ziehen?

Die Industrieunternehmen suchen immer mehr nach Ökostrom. Intel ist nach Magdeburg gegangen, weil er dort verfügbar ist. Wir haben in der Vergangenheit die Neuansiedlungen in einer Karte festgehalten. Ergebnis: 2021 sind 80 Prozent der Direktinvestitionen aus dem Ausland in den Osten geflossen und fast der ganze Rest in den Norden. Es gilt: Fläche, Fachkräfte, Ökostrom – dieser Dreiklang zieht Firmen an.

Arbeit oder Urlaub? Beides

Unternehmen. Arbeiten, wo man Urlaub macht: Was bislang als Werbung für einen Job im Tourismus taugte, ist heute so etwas wie Homeoffice für Fortgeschrittene. Beim Werben um Fachkräfte könnte das Angebot von mobilem Arbeiten im Ausland die Attraktivität von Firmen erhöhen.

Was sich früher ausgeschlossen hat, geht heute Hand in Hand: Arbeiten (englisch: work) und Urlaub (englisch: vacation) - kurz "Workation". Gemeint ist damit ein befristeter Auslandsaufenthalt, bei dem normal gearbeitet und danach die Freizeit am Urlaubsort genossen wird. Das Modell bietet sich in den Jobs an, in denen nur ein Laptop und stabiles Internet nötig sind, um zumindest zeitweise zu arbeiten. In Deutschland gibt es bereits Unternehmen, die ihren Beschäftigten zeitweise mobiles Arbeiten im Ausland anbieten (Grafik):

Wie eine IW-Befragung von Personalverantwortlichen im Jahr 2023 ergab, bieten 15 Prozent der deutschen Unternehmen ihren Mitarbeitern mobiles Arbeiten im Ausland an. Von den Firmen, die generell Homeoffice gestatten, ermöglicht dies sogar gut jede fünfte.

Ob Unternehmen Workations anbieten, hängt auch von der Unternehmensgröße ab. Unternehmen mit 250 Mitarbeitern und mehr ermöglichen mobiles Arbeiten im Ausland deutlich häufiger als kleine Unternehmen mit bis zu 49 Mitarbeitern (23 zu 15 Prozent). Diese haben in der Regel beschränkte Ressourcen, Infrastruktur und Flexibilität.

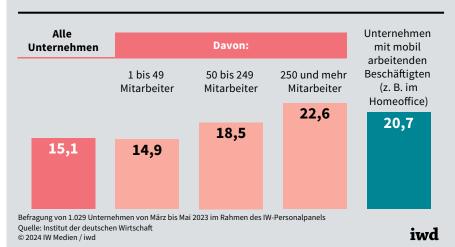
Es gibt zudem einige Fallstricke, sollte ein Mitarbeiter solch einen Auslandsaufenthalt antreten wollen. So sind vor einer Workation Fragen zu Sozialversicherungs-, Steuer- und Arbeitsrecht zu klären. Arbeitet ein Beschäftigter im Ausland, kann das unter Umständen – vor allem bei geschäftsführenden Mitarbeitern – dazu führen, dass für den deutschen Arbeitgeber eine Betriebsstätte im Ausland begründet wird. Die Folgen wären eine Steuerpflicht und weitere administrative Auflagen.

Auch gilt es auszuschließen, dass die Beschäftigten im Ausland einkommensteuerpflichtig werden oder Sozialversicherungsbeiträge abführen müssen. Innerhalb der Europäischen Union lässt sich das vermeiden, indem das Unternehmen eine Entsendebescheinigung (A1-Bescheinigung) ausstellt. Sie bestätigt, dass der Arbeitnehmer weiterhin den Sozialversicherungsgesetzen des Heimatlands unterliegt.

Trotz dieser bürokratischen
Risiken bietet Workation Chancen –
nicht nur für den Beschäftigten,
sondern auch für das Unternehmen.
Eine Umfrage der Unternehmensberatung PwC hat ergeben, dass für
eine Mehrheit der Befragten ein
Workation-Angebot die Jobzufriedenheit, Kreativität und Produktivität erhöht. All dies sind Dinge, von
denen auch der jeweilige Arbeitgeber
profitiert.

Workation: Da geht noch was

So viel Prozent der deutschen Unternehmen bieten ihren Mitarbeitern mobiles Arbeiten im Ausland an



IW-Kurzbericht 28/2024

Sarah Pierenkemper, Jennifer Potthoff, Oliver Stettes: Workation – Chancen und Herausforderungen iwkoeln.de/workation iwd Europäische Union 6. Juni 2024 / #12 / Seite 7

Teurer Ausstieg

Europäische Union. Die AfD spricht sich in ihrem Programm zur Europawahl 2024 für einen EU-Austritt Deutschlands aus. Welche eklatanten ökonomischen Folgen ein solcher Dexit hätte, hat nun das IW berechnet.

Autonomie, neue Handelsabkommen, keine Beitragszahlungen an die EU, eine prosperierende Wirtschaft: Mit diesen Aussichten warben die Brexiteers für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der europäischen Staatengemeinschaft. Mit Erfolg, denn im Referendum im Jahr 2016 sprach sich eine knappe Mehrheit der Briten für die Ablösung von der EU aus. Anfang 2020 verließ das Vereinigte Königreich den Staatenverbund. Von den vielen Versprechungen ist allerdings kaum etwas übrig geblieben. Abgesehen von zwei neuen Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland, die wirtschaftlich keine nennenswerten positiven Auswirkungen haben, fügte der Brexit dem Land erheblichen Schaden zu:

Die reale Bruttowertschöpfung des Vereinigten Königreichs ist laut einer aktuellen britischen Studie seit dem Referendum bereits bis 2023 um schätzungsweise rund 6 Prozent niedriger ausgefallen als ohne einen Brexit.

Langfristig gehen die Experten von einem ökonomischen Schaden von mehr als 10 Prozent aus.

Obwohl der erhebliche Wohlstandsverlust durch einen EU-Austritt damit faktensicher dokumentiert ist, hat die AfD die Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus dem Europäischen Währungsraum und der EU in ihr Programm zur Europawahl 2024 aufgenommen. Mit welchen Kosten ein solcher Austritt Deutschlands analog zum Brexit verbunden wäre, hat nun das IW

ermittelt. Um möglichst realistische Werte zu erhalten, haben die Forscher das an den Brexit angelehnte simulierte Austrittsgeschehen in die Vergangenheit gelegt – betrachtet werden wie beim Brexit die Jahre 2016 bis 2021. Ein Dexit hätte demnach eine schwere ökonomische Krise und damit einen nachhaltigen Wohlstandsverlust der Bevölkerung verursacht (Grafik):

Hätte Deutschland sich im Jahr 2016 für einen Dexit entschieden, wäre die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik im fünften Jahr nach der Austrittsentscheidung um schätzungsweise 5,6 Prozent geringer ausgefallen, als sie tatsächlich war.

Das entspricht allein für 2021 einem Minus von rund 200 Milliarden Euro. Für alle fünf Jahre zusammengerechnet hätte sich das verloren gegangene Bruttoinlandsprodukt Deutschlands auf 690 Milliarden Euro summiert. Auch wenn sich diese Simulation auf die bisherige Erfahrung mit dem Brexit bezieht – die IW-Forscher gehen davon aus, dass die Kosten eines zukünftigen Dexits mindestens in ähnlicher Höhe zu veranschlagen sind.

Dexit: Ein Verlustgeschäft

Um so viel Prozent wäre das Bruttoinlandsprodukt (BIP) geringer ausgefallen, als es tatsächlich war, wenn 2016 ein Austritt Deutschlands aus der EU beschlossen worden wäre



IW-Simulation eines Dexits analog zum Brexit, der 2016 infolge eines Referendums beschlossen und Anfang 2020 vollzogen wurde Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd

Aus IW-Trends 2/2024

Hubertus Bardt, Lennart Bolwin, Berthold Busch, Jürgen Matthes: Brexit – kein Vorbild für Deutschland iwkoeln.de/brexit-dexit

Armes Europa, reiches Europa

Einkommensverteilung. Wie viele Menschen von Armut bedroht sind, wird in den einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union üblicherweise am jeweiligen mittleren Einkommensniveau festgemacht. Legt man für alle Staaten den durchschnittlichen Lebensstandard in der EU als Maßstab an, verschiebt sich die Verteilung von Armut und Reichtum deutlich.

Knapp 15 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gelten als armutsgefährdet. Das heißt, sie verfügen über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens – also des Einkommens, das die eine Hälfte der Bevölkerung unter- und die andere überschreitet. In Tschechien ist die sogenannte Armutsgefährdungsquote mit gut 10 Prozent EU-weit am niedrigsten, in Bulgarien sind dagegen fast 23 Prozent der Menschen relativ arm.

Auch generell sind die Einkommen in Bulgarien sowie in Litauen und Lettland besonders ungleich verteilt, während in der Slowakei, Slowenien und Tschechien das Gefälle zwischen Arm und Reich eher gering ist. Deutschland liegt mit Blick auf das Ausmaß der Einkommensungleichheit in etwa auf dem Durchschnittsniveau aller Mitgliedsländer der Europäischen Union.

Der Vergleich dieser Verteilungsindikatoren zwischen einzelnen
Ländern hat allerdings einen Nachteil: Weil die Daten jeweils auf Basis
der mittleren nationalen Einkommen
berechnet werden, bleiben die
Wohlstandsunterschiede zwischen
den EU-Ländern außen vor.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat deshalb eine länderübergreifende Einkommensverteilung berechnet – als wäre die EU ein einziger Staat. Um die Preisunterschiede zwischen den Ländern zu berücksichtigen, haben die IW-Forscher die nationalen Währungen in sogenannte Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet - mit einem KKS können sich die Konsumenten in allen Ländern rein rechnerisch die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen kaufen. Das EU-weite Medianeinkommen betrug demnach im Jahr 2021 - das ist der aktuell verfügbare Datenstand - 1.529 KKS. In deutschen Preisen waren das rund 1.651 Euro.

Legt man die um Kaufkraftunterschiede bereinigten Einkommen zugrunde, ändern sich die Befunde für die Einkommensverteilung erheblich (Grafik):

In Deutschland gelten gemessen am EU-weiten kaufkraftbereinigten Medianeinkommen nur gut 7 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet – also weniger als halb so viele wie in der nationalen Betrachtung.

Zudem steigen viele Bundesbürger durch den alternativen Einkommensmaßstab von der unteren Mitte in die Mittelschicht im engeren Sinne oder von dieser in die obere Mitte

auf. Auch der Anteil der relativ Einkommensreichen – also jener, die über ein Einkommen von mehr als 250 Prozent des Medians verfügen – erhöht sich, und zwar von 3,7 auf 8,4 Prozent.

Im Vergleich zur gesamten EU zeigt die kaufkraftbereinigte Einkommensverteilung das hohe Wohlstandsniveau in Deutschland. So beträgt die nach europaweitem Kaufkraftstandard gemessene Armutsgefährdungsquote in der EU-27 rund 20 Prozent – das sind knapp 3,5 Prozentpunkte mehr, als wenn man dem sonst üblichen Vorgehen zufolge die Daten auf Basis der nationalen Einkommen bevölkerungsgewichtet zusammenfasst.

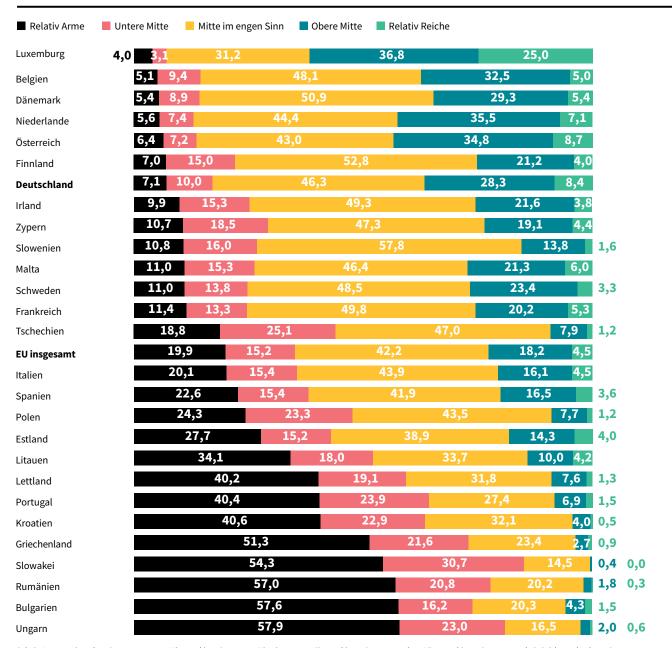
Auch gegenüber den einzelnen EU-Staaten steht Deutschland bei der kaufkraftbereinigten EU-weiten Einkommensverteilung gut da:

In lediglich sechs Ländern ist der Anteil der relativ armen Bevölkerung nach EU-weitem Kaufkraftstandard geringer als in der Bundesrepublik.

Der Anteil der relativ Reichen ist sogar nur in Österreich und Luxemburg höher als hierzulande – wobei im Großherzogtum 25 Prozent der Einwohner zur obersten Einkommensschicht der EU gehören. iwd Einkommensverteilung 6. Juni 2024 / #12 / Seite 9

Einkommensverteilung in Europa: Deutliches Gefälle

So viel Prozent der Bevölkerung in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gehörten im Jahr 2021 zu dieser Einkommensschicht, wenn man die EU als ein einziges Land betrachtet



Relativ Arme: weniger als 60 Prozent ...; untere Mitte: 60 bis 80 Prozent ...; Mitte im engeren Sinn: 80 bis 150 Prozent ...; obere Mitte: 150 bis 250 Prozent ...; relativ Reiche: mehr als 250 Prozent ... des kaufkraftbereinigten EU-weiten Medianeinkommens

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd

iwd

Der EU-weite Vergleichsmaßstab verdeutlicht aber auch, dass insbesondere in (Süd-)Osteuropa trotz substanzieller Einkommenszuwächse in den vergangenen Jahren nach wie vor ein starkes Wohlstandsgefälle zum EU-Durchschnitt besteht: In fünf EU-Ländern gilt mehr als die Hälfte der Bevölkerung als armutsgefährdet, wenn man das kaufkraftbereinigte Medianeinkommen der gesamten Europäischen Union als Bezugsgröße zugrunde legt. Zu dieser Ländergruppe zählen unter anderem auch Ungarn und die Slowakei, die nach rein nationalen Einkommensmaßstab zu den EU-Mitgliedsstaaten mit einem unterdurchschnittlichen Armutsrisiko gehören.

^{...} des kaufkraftbereinigten EU-weiten Medianeinkommens Medianeinkommen: Die eine Hälfte der Bevölkerung hat ein geringeres, die andere ein höheres Einkommen; Einkommen: bedarfsgewichtet

Reparieren statt wegwerfen

Verbraucherrechte. Mit dem Recht auf Reparatur sollen künftig mehr defekte Geräte instand gesetzt werden, anstatt im Müll zu landen. So will die EU das Klima und gleichzeitig die Interessen der Verbraucher schützen. Den Produktionsstandort Deutschland wird die Richtlinie voraussichtlich nicht belasten – vielen Unternehmen hierzulande könnte sie sogar Vorteile bieten.

261 Millionen Tonnen Treibhausgase – diese Menge entsteht in der Europäischen Union laut EU-Kommission pro Jahr allein durch das Wegwerfen reparierbarer Güter. Zum Vergleich: Der gesamte Verkehrssektor in Deutschland pustete im Jahr 2023 mit 146 Millionen Tonnen nur etwas mehr als die Hälfte davon in die Luft.

Unter der Wegwerfmentalität leidet aber nicht nur die Umwelt, sondern auch der Geldbeutel der Menschen: Die Entscheidung für den Ersatz eines Gerätes anstatt einer Reparatur führt für die Verbraucher in der EU jährlich zu Mehrkosten von etwa 12 Milliarden Euro. Dabei möchten sie ihre kaputten Smartphones, Staubsauger und Co. mehrheitlich gerne öfter zur Reparatur bringen:

77 Prozent der EU-Bürger würden ihre Geräte eher reparieren als ersetzen lassen, hat eine Umfrage der EU-Kommission im Jahr 2022 gezeigt.

Das größte Problem hierzulande ist laut einer Umfrage des Bundes für Umwelt und Naturschutz der Preis (Grafik):

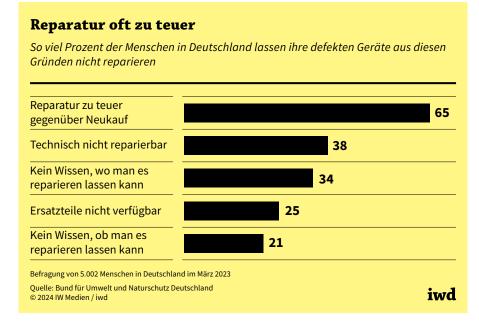
Hohe Werkstattkosten halten 65 Prozent der Menschen in Deutschland davon ab, ihre defekten Geräte reparieren zu lassen.

Neben den hohen Kosten erschweren mangelndes Wissen der Verbraucher und fehlende Ersatzteile die Reparatur.

Das möchte die EU nun ändern. Mit dem Recht auf Reparatur setzt sie gleich an mehreren Stellen an:

Reparaturpflicht. Geht ein Gerät in der Garantiezeit kaputt, sind die Hersteller künftig dazu verpflichtet, neben dem vollständigen Ersatz des Produkts auch die Möglichkeit zur Reparatur anzubieten. Entscheiden sich die Verbraucher für diese Option, verlängert sich die Garantie einmalig um ein Jahr. Außerdem werden Hersteller auch außerhalb des Garantiezeitraums dazu verpflichtet, die von ihnen angebotenen Waren zu reparieren. Bezahlen muss die Reparatur in diesem Fall zwar nach wie vor der Käufer, allerdings schreibt die neue Richtlinie moderate Kosten vor.

Reparaturplattform. Damit Verbraucher leichter die passende Werkstatt finden, wird es eine europäische Online-Plattform geben, auf der die entsprechenden Stellen gelistet sind. Ein EU-weit einheit-

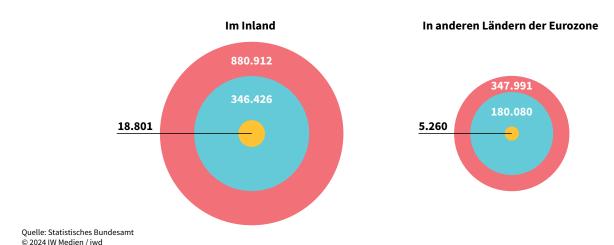


iwd Verbraucherrechte 6. Juni 2024 / #12 / Seite 11

Recht auf Reparatur: Wenig Einfluss auf Produktionsstandort D

Umsatz von Unternehmen dieser Wirtschaftszweige mit Sitz in Deutschland im Jahr 2022 in Millionen Euro





iwd

liches Formular soll darüber hinaus helfen, Preise und Bedingungen der Reparaturanbieter zu vergleichen.

Ersatzteile. Die Hersteller müssen in Zukunft Ersatzteile und Anleitungen während der gesamten erwarteten Lebensdauer des Produkts bereithalten. Sie dürfen keine Vertragsklauseln, Hardware oder Software einsetzen, die die Reparatur erschweren. Vor allem dürfen sie weder die Verwendung originaler und gebrauchter oder mit 3-D-Druckern hergestellter Ersatzteile durch unabhängige Reparaturbetriebe behindern noch die Reparatur eines Produkts verweigern, weil es vorher von jemand anderem repariert wurde.

Reparaturbonus. Damit Reparaturen attraktiver werden, muss jedes Mitgliedsland sie mit mindestens einer Maßnahme fördern – zum Beispiel mit Gutscheinen, Informationskampagnen, kostenfreien Reparaturkursen oder indem es von der Bevölkerung betriebene Reparaturräume unterstützt.

Die Regeln gelten vorerst für schwere Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Wasch- und Spülmaschinen, aber auch für Smartphones, Tablets oder leichte Transportmittel mit Batterien wie E-Bikes. Die Liste der Produkte ist zunächst dennoch überschaubar – und der Produktionsstandort Deutschland bleibt weitestgehend unberührt (Grafik):

Der Umsatz der vom Recht auf Reparatur betroffenen deutschen Wirtschaftszweige machte 2022 mit knapp 19 Milliarden Euro weniger als 5 Prozent der Erlöse mit Gebrauchsgütern aus.

Da die betrachteten Wirtschaftszweige deutlich mehr Güter umfassen, als tatsächlich von der neuen Richtlinie betroffen sind, kann der Anteil sogar noch geringer ausfallen. Deutschland als ein auf Maschinen und Fahrzeuge spezialisierter Produktionsstandort muss keine negativen Folgen befürchten. Vielmehr kann die Verordnung der EU für hiesige Firmen im europäischen Wettbewerb ein Vorteil sein, da jene

im Sinne des Versprechens "made in Germany" ohnehin überwiegend langlebige Produkte herstellen.

Auch die deutschen Reparaturdienstleister profitieren von der
Richtlinie. Zwischen 2010 und 2020
sind die Umsätze in diesem Bereich
mit 16 Prozent nur schwach gewachsen. Das könnte die EU-Regelung
ändern: Da ein Großteil der betroffenen Güter in Deutschland verkauft
wird, ist es wahrscheinlich, dass die
Verbraucher jene Geräte im Fall eines
Defekts zu deutschen Reparaturbetrieben bringen.

Angesichts der europäischen Ziele in Sachen Klimaschutz – bis 2050 möchte die Staatengemeinschaft klimaneutral sein – ist es sinnvoll, in den kommenden Jahren weitere Güter in das Recht auf Reparatur aufzunehmen. Bevor das passiert, müssen sich die EU-Staaten allerdings erst einmal der bereits festgelegten Produkte annehmen. Um das Recht auf Reparatur in ihre nationalen Gesetze zu übertragen, haben sie nun zwei Jahre Zeit.

Beeinträchtigt, aber nicht ambitionslos

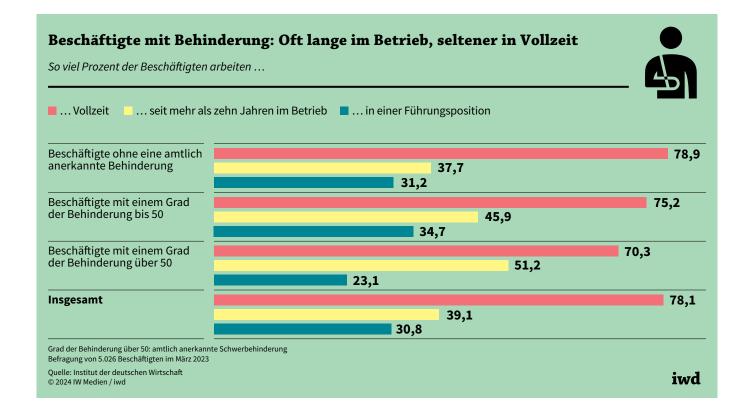
Arbeitsmarkt. Beschäftigte mit einer amtlich anerkannten Behinderung sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. Dabei wollen vier von zehn Menschen mit einer Beeinträchtigung Karriere machen.

In Deutschland arbeiten rund drei Millionen Menschen mit einer anerkannten Behinderung. Ihnen wird häufig eine höhere Motivation und eine besonders loyale Haltung gegenüber dem Arbeitgeber attestiert. Tatsächlich bleiben Beschäftigte mit Behinderungen vergleichsweise lange beim selben Arbeitgeber. Dies zeigt die IW-Beschäftigtenbefragung von März 2023 unter rund 5.000 Personen, von denen 646 anga-

ben, eine amtlich anerkannte Behinderung zu haben (Grafik):

Rund 39 Prozent aller Beschäftigten sind bereits mehr als zehn Jahre bei ihrem Arbeitgeber. Der Anteil der Beschäftigten mit einem Grad der Behinderung bis 50, die eine solch lange Betriebszugehörigkeit aufweisen, beträgt fast 46 Prozent, bei schwerbehinderten Beschäftigten sind es sogar gut 51 Prozent.

Eine hohe Arbeitsmotivation und eine ausgeprägt loyale Haltung begünstigen normalerweise den Aufstieg in eine Führungsposition innerhalb eines Unternehmens. Von allen befragten Beschäftigten gaben knapp 31 Prozent an, eine Führungsposition zu bekleiden, Menschen ohne Behinderung kamen auf einen geringfügig höheren Anteil. Am höchsten war der Anteil der Führungskräfte unter den Beschäftigten



iwd Arbeitsmarkt 6. Juni 2024 / #12 / Seite 13

Beschäftigte mit Behinderung: Vier von zehn möchten Karriere machen

So viel Prozent der Beschäftigten stimmen der Aussage zu, in den nächsten drei bis fünf Jahren im Unternehmen (weiter) aufsteigen zu wollen





Beschäftigte mit einem Grad der Behinderung über 50 (amtlich anerkannte Schwerbehinderung)



iwd

mit einem Grad der Behinderung bis 50 – mit annähernd 35 Prozent. Dagegen nahmen nur rund 23 Prozent der schwerbehinderten Erwerbstätigen eine Führungsrolle ein.

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten von Unternehmen, nicht nur generell qualifizierte Beschäftigte zu rekrutieren, sondern auch bei der internen Beförderung von Mitarbeitern in vakante Führungspositionen fündig zu werden (siehe iwd 9/2024), stellt sich die Frage, ob und wie sich intensivierte Inklusionsbemühungen lohnen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass Beschäftigte mit Behinderungen überhaupt bereit sind, vakante Stellen mit Führungsverantwortung zu besetzen (Grafik):

Von den vom IW befragten Beschäftigten mit einem amtlich anerkannten Grad der Behinderung bis 50 gaben 39 Prozent an, dass sie in den nächsten drei bis fünf Jahren im Unternehmen (weiter) aufsteigen möchten.

Der Abstand zu den Beschäftigten mit einer Behinderung bis 50, die tatsächlich schon eine Führungsrolle übernommen haben, beträgt somit 4 Prozentpunkte. Deutlich größer ist er bei den Schwerbehinderten mit 14 Prozentpunkten: Denn von ihnen befinden sich nur 23 Prozent in einer Führungsposition, während sich 37 Prozent dieser Beschäftigtengruppe vorstellen können, in nächster Zeit entsprechend aufzusteigen.

Um vakante Führungspositionen zügiger besetzen zu können, kann es sich also für Unternehmen lohnen, verstärkt Beschäftigte mit Behinderungen in den Blick zu nehmen. Denn weder eine anerkannte vorliegende Behinderung unter 50 noch eine Schwerbehinderung geben Auskunft über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Person im Arbeitsleben – diese wird nämlich über den Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit bemessen.

Um karriereorientierte Beschäftigte mit Behinderungen beim beruflichen Aufstieg zu fördern, sind folgende Maßnahmen denkbar:

- Firmen können die Möglichkeit einräumen, die Führungsposition mit einer Teilzeitkraft oder im Jobsharing, also mit zwei Teilzeitkräften, zu besetzen. Beschäftigte mit Behinderungen haben häufiger eine Teilzeitstelle als Beschäftigte ohne Behinderungen.
- Die Unternehmen sollten dafür sorgen, dass bei karriereorientierten Beschäftigten mit Behinderungen kein Gefühl der Überlastung entsteht, denn dies kann im Extremfall dazu führen, dass sie vor der Über-

nahme von Führungsverantwortung zurückschrecken. Erreichen lässt sich das unter anderem durch individualisierte Arbeits- und Pausenzeiten, eine flexible Wahl des Arbeitsorts oder einen veränderten Aufgabenzuschnitt.

- Hilfreich wäre es darüber hinaus, geeignete Kandidaten mit Behinderungen, die in den zurückliegenden Jahren gute Leistungen erbracht haben, zu ermuntern, sich auf eine Stelle mit Führungsverantwortung zu bewerben.
- Zu einer inklusionsfreundlichen Unternehmenskultur zählen auch Role Models: In Betrieben, in denen es bereits Führungskräfte mit Behinderungen gibt, fungieren diese als Vorbild für andere Beschäftigte mit Beeinträchtigungen und können dazu motivieren, den eigenen beruflichen Aufstieg verstärkt ins Auge zu fassen.

IW-Report 25/2024

Carolin Fulda, Oliver Stettes: Welche Faktoren beeinflussen die Karriereambitionen von Menschen mit Behinderungen?

iwkoeln.de/karriere-von-menschen-mitbehinderungen

Der Wert der Daten

Digitalisierung. Das Teilen von Daten bietet deutschen Unternehmen die Chance, die Digitalisierung und Innovationen voranzutreiben. Außerdem können sie so neue Geschäftsbeziehungen knüpfen. Im Austausch für Daten nehmen manche Firmen Geld, andere setzen auf Dienstleistungen.

Gemeinsam zum Erfolg: Wenn ein Unternehmen seine Daten sorgfältig speichert, strukturiert und vielfältig nutzt, können andere Unternehmen davon profitieren, da Daten durch ihre Nutzung nicht an Wert verlieren. So lassen sich durch das Teilen von Daten etwa Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle weiterentwickeln oder betriebliche Prozesse optimieren.

In Deutschland gehen die Firmen bisher noch zurückhaltend mit ihren Daten um: In den Jahren 2022 und 2023 haben etwa 20 Prozent der deutschen Unternehmen Daten an andere abgegeben und etwa 40 Prozent haben Daten erhalten.

Wie bei jedem anderen Handel erwartet derjenige, der seine Daten abgibt, eine Gegenleistung. Für Unternehmen sind dabei sowohl Dienstleistungen als auch finanzielle Mittel interessant.

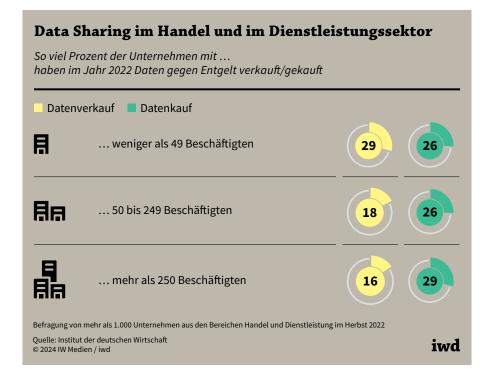
Eine IW-Befragung von mehr als 1.000 Unternehmen aus den Bereichen Dienstleistung und Handel im Herbst 2022 zeigt, dass vor allem große Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten häufiger Daten kaufen als verkaufen (Grafik):

29 Prozent der Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor und dem Handel haben im Jahr 2022 Geld für fremde Daten gezahlt, rund 16 Prozent haben Daten verkauft.

Die Weitergabe der Informationen war nicht immer freiwillig: Unternehmen gaben ihre Daten größtenteils zu Forschungszwecken, aber auch wegen rechtlicher Vorgaben ab. Daneben spielten altruistische Motive eine Rolle. Ein Teil der Datengeber ist der Ansicht, dass ihr Handeln sowohl für andere Unternehmen als auch für die Gesellschaft insgesamt nützlich sein kann.

Kleine Unternehmen mit weniger als 49 Beschäftigten haben im Jahr 2022 im Vergleich zu den großen mit 29 Prozent in deutlich größerem Maß Daten verkauft, als sie welche gekauft haben (26 Prozent).

Neben der Dienstleistungsbranche und dem Handel hat das IW in einer zweiten Befragung im Herbst 2023 auch erhoben, wie die Industrie das Thema Data Sharing handhabt. Die mehr als 1.000 Teilnehmer gehen demnach anders mit ihren Daten um (Grafik Seite 15):



iwd Digitalisierung 6. Juni 2024 / #12 / Seite 15

Das Teilen von Daten liegt in Deutschland auf einem niedrigen Niveau. Dadurch bleibt Innovationspotenzial ungenutzt.

Nur 4 Prozent der großen Industrieunternehmen haben für abgegebene Daten im Jahr 2023 Geld erhalten. In 31 Prozent der Fälle haben sie Geld für Daten anderer gezahlt.

Die großen Betriebe möchten im Austausch für ihre Informationen meist lieber Dienstleistungen erhalten. So können zum Beispiel bei der Wartung von Maschinen gebündelte Daten genutzt werden, um Ausfallwahrscheinlichkeiten präzise zu bestimmen und die Kontrollen zu optimieren.

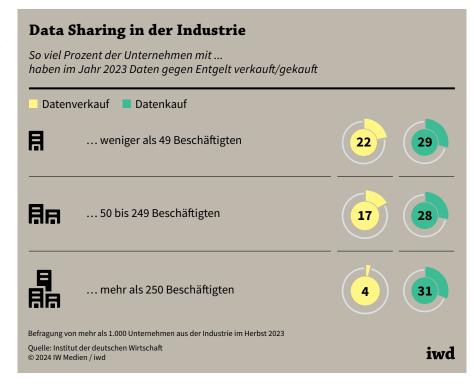
Das Teilen von Maschinendaten ist für große Unternehmen im Vergleich zu kleinen und mittleren Unternehmen deutlich leichter, weil sie mehr Daten automatisiert erfassen und in Echtzeit abgeben können. Zudem wollen vor allem große Betriebe Geschäftsbeziehungen schließen und stärken. Dazu teilen sie ihre Daten oft unentgeltlich direkt untereinander oder entlang der Lieferkette. Anders gewendet:

Kleine Industrieunternehmen geben verhältnismäßig häufig Daten gegen Entgelt ab – im Jahr 2023 waren es 22 Prozent. Beim Datenkauf unterscheiden sie sich

dagegen nur wenig von großen Betrieben.

Insgesamt haben die kleinen Industrieunternehmen allerdings öfter Dienstleistungen statt Geld für ihre Daten erhalten. Dabei lag die Entscheidung darüber oft nicht bei den Unternehmen selbst, sondern wurde von den meist größeren Datenempfängern vorgegeben.

Grundsätzlich zeigen die zwei Befragungen, dass das Teilen von Daten in Deutschland auf einem niedrigen Niveau liegt. Dadurch bleiben mögliche Synergieeffekte in Firmen unentdeckt und Potenzial für Innovationen wird verschenkt.



IW-Kurzbericht 26/2024

iwkoeln.de/datenhandel

Jan Büchel, Christian Rusche: Daten als Geschäftsmodell – Utopie oder gelebte Praxis?

Impressum

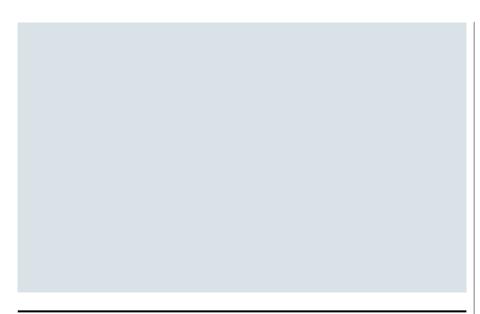




Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Amdt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland Redaktionsleiter: Jork Herrmann (werantwortlich) - Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellw.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schaff, Alexander Weber Grafik: IN Medien GmbH · E-Mail: wide@iwkoeln.de - Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 • Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: Ilzenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de - In dez Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkelt im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



6. Juni 2024 / **#12 / Seite 16**



Top-Liste: Die EM-Dauergäste

Am 14. Juni startet die 17. Fußballeuropameisterschaft der Männer. Gastgeber Deutschland empfängt im Eröffnungsspiel in München Schottland – und beginnt damit seine 14. EM-Endrunde in Folge. Kein anderes Land kommt auf so viele Teilnahmen, auf Rang zwei liegen mit je zwölf EM-Endrunden Spanien und Russland – die ehemalige Sowjetunion mit eingerechnet. Lediglich die ersten drei Ausgaben des seit 1960 alle vier Jahre ausgetragenen Turniers verpasste Deutschland. Bei der ersten Teilnahme im Jahr 1972 holte die Mannschaft allerdings direkt den Titel – ein Kunststück, das danach keinem Debütanten mehr gelang. Und die Bundesrepublik hält zwei weitere EM-Rekorde: Insgesamt sechsmal stand das deutsche Team im Finale, häufiger als jede andere Mannschaft. Immerhin dreimal holte sich die deutsche Nationalelf den Titel, nur Spanien gewann die EM genauso oft.

EM-Teilnahmen: Die Te Länder mit den häufigsten Teilnal europameisterschaft der Männer s	hmen an der Endrunde der Fußball-	
Deutschland	***	14
Spanien	****	12
Russland/Sowjetunion	****	12
Niederlande	*********	11
Frankreich	*********	11
England	\$\$\$\$\$\$\$\$\$\$	11
Italien	\$\$\$\$\$\$\$\$\$\$	11
Tschechien/Tschechoslowakei	\$\$\$\$\$\$\$\$\$\$	11
Dänemark	\$\$\$\$\$\$\$\$\$	10
Portugal	\$\$\$\$\$\$\$	9
Einschließlich Teilnahmen 2024 Quelle: UEFA © 2024 IW Medien / iwd	i	wd

Zahl der Woche



Prozent der rund 6,1 Millionen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren in Deutschland gingen im vergangenen Jahr einer Beschäftigung nach. Allerdings hatte nur ein Teil von ihnen bereits einen regulären Vollzeitjob. So arbeitete gut ein Viertel dieser Altersgruppe laut Statistischem Bundesamt im Rahmen des praktischen Teils der Berufsausbildung. Andere nutzten die Erwerbstätigkeit, um sich weiterzubilden oder beruflich zu orientieren – etwa durch Praktika, Traineeprogramme oder Volontariate. Weitere 0,8 Prozent - gut 50.000 der 18- bis 24-Jährigen waren auf freiwilliger Basis beschäftigt. Sie absolvierten etwa ein Freiwilliges Soziales Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst. Weitere 0,4 Prozent - rund 26.000 junge Menschen – dienten in der Bundeswehr oder absolvierten einen freiwilligen Wehrdienst. Und auch sonst denken die Jungen hierzulande keineswegs nur an sich selbst: Gut ein Drittel der 18- bis 29-Jährigen engagiert sich ehrenamtlich - und zwar mit ähnlichem Aufwand wie ältere Erwachsene. Besonders häufig ist die junge Generation dabei im Sport aktiv, zum Beispiel als Übungsleiter. Weitere Einsatzbereiche sind die Kirche, der Rettungsdienst oder die freiwillige Feuerwehr.